

**Interfraktioneller Antrag der Ratsfraktionen von
GÖLINKE, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und CDU
Zur Sitzung des Rates am 11. Mai 2007**



Göttingen, 26.04.07

„ Klare, verständliche und vereinfachte Sprache“

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ihren Schriftverkehr mit den Bürgerinnen und Bürgern, ihre Verordnungen, Geschäftsordnungen etc. dahingehend neu zugestalten, indem:

- umständliches „Behördendeutsch“ vermieden
- Anschreiben vom „Amtsdeutsch“ entrümpelt
- auf Abkürzungen und Füllwörter verzichtet
- Fachbegriffe mit einfachen Worten erklärt werden

Damit können auch Menschen mit Lernschwierigkeiten, oder im Umgang mit Behörden ungeübte Menschen, amtliche Schreiben leichter verstehen. Klar und verständlich formulierte Schreiben stärken außerdem das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Verwaltung.

Begründung:

Viele Menschen in unserer Stadt, die wenig Erfahrung mit der Amtssprache von Behörden haben oder von Lernbehinderungen betroffen sind, erleben amtliche Schreiben als unverständlich und abschreckend. Es gelingt ihnen daher nicht, auf Anschreiben sachgerecht und ohne fremde Hilfe zu antworten. Dieses beklagt auch der Behindertenbeirat. Das muss nicht sein!

Die Stadtverwaltung Kassel geht mit gutem Beispiel voran. Der dortige OB hat Seminare zum Thema „bürgerorientierter Schriftverkehr“ für interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (speziell aus dem Fachbereich Soziales), mit großem Erfolg organisiert. Viele Beschäftigte haben daran teilgenommen. Damit ist ein einstimmiger Beschluss der Kasseler Stadtverordnetenversammlung umgesetzt, der sich für „eine leichte Sprache“ der Behörde einsetzt.

Path
Müller
Schwarz

Reinhold
Walter